

02.01.2018

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.1)

Herr Staatsrat Kock trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2017/3213, betreffend

Evaluierungsbericht zur Aufhebung der Kfz-Stellplatzpflicht im
Wohnungsbau sowie

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom
2. Dezember 2016 "Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018, Einzelplan 6.1:

Wir schaffen das moderne Hamburg: Wohnungsbau, Mieterschutz,
Stadtentwicklungsimpulse Erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik im

Sinne einer sozial gerechten, lebenswerten und bezahlbaren

Metropole fortsetzen! 10.000 plus: Wohnungsneubau und

Wohnraumförderung auf hohem Niveau längerfristig fortführen"

(Drucksache 21/7012), Petitem I Nr. 3,

vor.

Der Senat nimmt Kenntnis und beschließt die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung
an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler



Für die Richtigkeit

A. Stöckmann
Andrea Stöckmann

Berichterstattung:
Senatorin Dr. Stapelfeldt
Staatsrat Kock

TOP I. 1

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2017/03213
vom: 20.12.2017

Evaluierungsbericht zur Aufhebung der Kfz-Stellplatzpflicht im Wohnungsbau sowie

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 2. Dezember 2016 „Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018, Einzelplan 6.1: Wir schaffen das moderne Hamburg: Wohnungsbau, Mieterschutz, Stadtentwicklungsimpulse – Erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik im Sinne einer sozial gerechten, lebenswerten und bezahlbaren Metropole fortsetzen! 10.000 plus: Wohnungsneubau und Wohnraumförderung auf hohem Niveau längerfristig fortführen“ (Drucksache 21/7012), Petikum I Nr. 3

A. Zielsetzung und Lösung

Bericht über Anwendung und Auswirkungen der Abschaffung der Stellplatzpflicht im Wohnungsbau. Erfüllung der gesetzlichen Evaluierungspflicht und Beantwortung des Bürgerschaftlichen Ersuchens.

B. Auswirkungen auf den Haushalt

Mit der Drucksache sind keine Mehrkosten für den Haushalt verbunden. Durch die Vorlage selbst entstehen keine Kosten.

C. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine.

D. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

E. Auswirkungen auf:

Familienpolitik

Klimaschutz

Die Abschaffung der Stellplatzpflicht leistet einen Beitrag zur Umsetzung des Hamburger Klimaplanes, in dem Bauherinnen und Bauherren durch die Flexibilisierung die Möglichkeit haben, anstelle Pkw-Stellplätze den Platz z.B. für Radstellplätze oder CarSharing-Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen

Bürokratieabbau

Inklusion

Gleichstellung

F. Alternativen

Keine.

G. Anlagen

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft